

Merkel unterwegs zu Afrikas strauchelnden Hoffnungsträgern

Stand: 06:08 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Christian Putsch**
Afrika-Korrespondent



Ein Tourguide erläutert Johannesburgs Stadtteile und deren Historie: Südafrika kommt nicht aus der Krise

Quelle: dpa/Ralf Krüger

Bundeskanzlerin Angela Merkel reist nach Afrika. Reichlich diskussionsstoff dürfte es für Merkel besonders in Angola geben. Doch dieses Mal geht es vorrangig gar nicht um Migration.

Man kann wohl davon ausgehen, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag bei ihrem Staatsbesuch in Südafrika nicht mit Stromausfällen zu kämpfen haben wird. Bei derartigen Anlässen ist man mit Generatoren lückenlos für jegliche Eventualität gewappnet.

Für die meisten anderen, die sich derzeit in Südafrika aufhalten, sieht die Lage hingegen anders aus. Der marode Energiekonzern Eskom stellt derzeit mal wieder täglich für zweieinhalb Stunden den Strom aus. Wegen Wartungsarbeiten.

Man hat sich daran gewöhnt in Südafrika. Der mit umgerechnet 27 Milliarden Euro verschuldete Monopolist ist längst zum Sinnbild der stagnierenden Wirtschaft des Landes geworden, die ein Jahrzehnt von Ex-Präsident Jacob Zuma geplündert und von dessen Nachfolger Cyril Ramaphosa nicht wie erhofft wiederbelebt werden konnte.

Das Wachstum dümpelt bei nicht einmal einem Prozent, beinahe 40 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter sind ohne Job – so schlecht war es um Südafrika während seiner demokratischen Geschichte selten bestellt.

Endlich, so möchte man eigentlich anmerken, geht es bei einer Afrika-Reise mal nicht vorrangig um Migration (</politik/ausland/plus204432284/Migration-aus-Afrika-Er-soll-einen-guten-Job-in-Europa-finden.html>). Weder aus Südafrika noch aus Angola, das die Kanzlerin am Freitag besuchen wird, wählen Migranten in nennenswerter Zahl den Weg nach Europa.

Im Kern sollte es um den wirtschaftlichen Aufschwung in den beiden Ländern gehen, und auf dem Kontinent insgesamt – immerhin hat Ramaphosa in diesem Jahr die Präsidentschaft der Afrikanischen Union inne. Südafrika und Deutschland sind zudem derzeit beide nichtständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat. Und nebenbei weist Südafrika ein erhebliches Handelsvolumen mit Deutschland auf.

Enteignungen ohne Entschädigung in Planung

Deutschland ist der wichtigste Handelspartner des Landes. Rund 450 deutsche Firmen sind hier tätig. Für diese galt Ramaphosa bei seinem Amtsantritt vor zwei Jahren als Hoffnungsträger, er kam mit dem Versprechen, das Land aus den Fängen von Zumas korruptem Netzwerk zu befreien.

Doch angesichts von Richtungs- und Machtkämpfen in seiner Partei, dem regierenden African National Congress (ANC), wirkt sein Tempo quälend langsam. Bis auf die ein oder andere gelungene Personalentscheidung für die Führung der Strafverfolgungs- und der Steuerbehörde, Erleichterungen bei den Visa-Bestimmungen und der Tatsache, dass das Ende

der Zuma-Ära per se wie eine Erleichterung wirkt, hat er bislang wenig Zählbares vorzuweisen.

Kaum ein Investorenforum, bei dem Ramaphosa nicht in sonorigen Reden versucht, verspieltes Vertrauen in das einst zur Regenbogennation erklärte Südafrika zurückzugewinnen. Und kaum eines, bei dem er nicht in Erklärungsnot gerät: Warum gab es trotz des Milliardendiebstahls noch keine Verurteilung? Und vor allem: Warum sollte man in ein Land investieren, das mit dem Schutz der Eigentumsrechte zündelt?

Denn auch ein Vierteljahrhundert nach Ende der Apartheid gehört ein weit überproportional großer Teil der Agrarfläche der weißen Minderheit – ein Umstand, den die Regierung mit einer Landreform ändern möchte. Nach einer anstehenden Verfassungsänderung sollen auch entschädigungslose Enteignungen möglich sein.

Ramaphosa betont gebetsmühlenartig, dass dieses Instrument nur in Sonderfällen und ausschließlich in der Landwirtschaft eingesetzt werden soll. Beruhigen kann das weder die inländischen noch die ausländischen Investoren.

Für Matthias Boddenberg, Chef der deutschen Industrie- und Handelskammer in Südafrika, ist dies „das erste Thema“, das Merkel bei ihrem Gespräch mit Ramaphosa ansprechen sollte. „Eine Änderung der Verfassung sehen unsere Mitgliedsfirmen kritisch, da es dann nicht unbedingt bei einer Änderung bleibt“, sagt er.

Vorgesehen sei zudem, dass entsprechende Enteignungsentscheidungen nicht von den Gerichten, sondern der Regierung selbst getroffen werden sollen. Boddenberg sieht darin eine „geplante Versagung des gerichtlichen Rechtsschutzes“ – und längst nicht die einzige diskussionswürdige Problematik.

Neben der Bewältigung der Stromkrise bedürfe es einer Verbesserung der beruflichen Bildung. Der Interessenvertreter der deutschen Unternehmen wünscht sich eine engere Kooperation, es mangle an der Vernetzung der Berufsschulen und der praktischen Ausbildung in den Unternehmen. Trotz der großen Arbeitslosigkeit fällt es Firmen schwer,

geeignetes Personal zu finden.

Auch Christoph Kannengießer, der Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft, sieht Südafrika „in einer schweren Wirtschaftskrise“, die tief greifende Reformen erfordere. Deutsche Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien könnten einen Beitrag zur Schaffung zusätzlicher Stromkapazitäten leisten.

Ramaphosas Reformtempo entscheidet

Den Merkel-Besuch sieht er als „wichtiges Zeichen der Unterstützung für Präsident Ramaphosa“ – so manch anderer Beobachter versteht die Reise jedoch auch als Signal, dass die anvisierten Gesetzesänderungen in Europa mit größerem Interesse beobachtet werden, als es Südafrikas politische Elite bislang realisiert hat. Ähnlich wurde bereits der Staatsbesuch von Präsident Frank-Walter Steinmeier vor gut einem Jahr interpretiert.

„Während die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Südafrika so gut sind wie noch nie, stagnieren die Auslandsinvestitionen seit Jahren“, sagt Hanns Bühler, der Südafrika-Repräsentant der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung: „Ob deutsche und europäische Unternehmen ihre Investitionen zukünftig wieder in Südafrika verausgaben wollen, wird vor allem davon abhängen, welches Reformtempo der Präsident bereit ist, zukünftig vorzugeben.“

Ungleichheit, Wirtschaftsstagnation und Kriminalität (</politik/ausland/plus199958090/Gewalt-in-Suedafrika-Wo-blutige-Rache-Pflicht-ist.html>) ließen sich nur mit schmerzhaften Reformen bekämpfen. „Wenn Ramaphosa in den nächsten drei Monaten nicht aus der Deckung kommt, könnte es zu spät sein“, sagt Bühler. „Vielleicht werden Kanzlerin Merkel und ihre Wirtschaftsdelegation diese Dringlichkeit nochmals diplomatisch unterlegen.“

Reichlich Diskussionsstoff dürfte es für Merkel am Freitag auch in Angola geben, das Kannengießer „eindeutig auf Reformkurs“ sieht. Dort füllt Präsident João Lourenço die Rolle des Hoffnungsträgers zumindest mit dem ein oder anderen Achtungserfolg aus. Vor

zweieinhalb Jahren übernahm er die Staatsführung von José Eduardo dos Santos, der sich angesichts der ausufernden Korruption und Rezession doch dagegen entschied, auf Lebenszeit zu regieren.

Es ist ein schweres Erbe, das Lourenço angetreten hat: 70 Prozent der Erdölerlöse gehen zur Schuldentilgung ohne Umwege nach China. Für die dringend erforderliche Modernisierung der Landwirtschaft fehlen entweder die Mittel oder die Bereitschaft.

Die Rolle des Aufräumers füllt er in dem nahezu zahlungsunfähigen Angola allerdings überraschend entschieden aus, was nicht zuletzt dos Santos betrifft, der ihn persönlich für seine Nachfolge in Position gebracht hatte. Inzwischen wurde dos Santos Sohn José Filomino verhaftet und Konten seiner Tochter Isabel eingefroren. Letztere bleibt wohl trotzdem die reichste Frau Afrikas, das Gros ihres Vermögens ist im Ausland.



WIRTSCHAFT

**Lesen Sie alles Wichtige rund um Wirtschaft
– im täglichen Newsletter der WELT.**

JETZT BESTELLEN

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/205621991>